

Auszug aus FÖEHN bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/vom-europaischen-stromberg.html>)

erstellt am: 1. März 2021

Datum dieses Beitrags: Januar 1988

Vom europäischen Stromberg

■ MARKUS WILHELM

Auf dem europäischen Strommarkt herrscht heute ein riesiges Überangebot an der Ware Strom. Neben dem imposanten Schweineberg und dem berühmten Butterberg hat sich ein nicht minder stattlicher Stromberg aufgetürmt. Allein Frankreich produziert heute schon jährlich 30 Milliarden kWh über den Landesbedarf hinaus und will schon in drei Jahren weitere 20 Milliarden zusätzlich auf den internationalen Strommarkt werfen. Dazu kommt von Jahr zu Jahr mehr elektrische Energie aus Osteuropa, und „auch die Deutschen sind — wie ihre westlichen Nachbarn — mit Überkapazitäten reich gesegnet“ („Die Zeit“ vom 21. August 1987). „Schon heute“, schreibt der Energieexperte Nikolaus Ekkardt über die Situation in der BRD, „sitzen die Stromkonzerne auf einer ‚Halde‘ von Grundlaststrom, der angesichts stagnierender Verbrauchsziffern schwer an den Kunden zu bringen ist.“ Der Pressesprecher der österreichischen Verbundgesellschaft ergänzt: „In Westeuropa ist Spitzenstrom in Hülle und Fülle vorhanden.“ („Trend“, Oktober 1987)

Wo die Krisenherkommen

Strom war einmal knapp. Es ist aber charakteristisch für dieses System, dass Mangelware zur Überschussware wird. In einer Gesellschaft, in der das Geld in ganz wenigen Händen zusammenfließt, wird es in aller Regel dort investiert, wo es sich am schnellsten am meisten vermehrt. Dies führt unweigerlich zur Überproduktion. (Die Krise ist daher nicht eine Panne, sondern ein Wesensmerkmal dieser Wirtschaftsform.)

Durch das Überangebot werden die Märkte verstopft. Die Versorgungskrise wird zur Absatzkrise!

Die europäische Stromindustrie sitzt also heute auf einem riesigen Berg von Strom. Und er wird täglich größer. Trotz dem, dass Atommeiler etwa in der BRD zeitweise abgeschaltet werden, trotz dem, dass etwa in Österreich Flusswasser ungenutzt über die eingebauten Wehren rinnt.

Strom ist zum Schleuderpreis zu haben. Frankreich unterbietet mit 30 Groschen je Kilowattstunde den Preis für Strom aus der UdSSR. Österreich liefert in die DDR die Kilowattstunde schon um 21 Groschen. Frankreich verkauft Atomstrom nun auch um die reinen Brennstoffkosten von 14 Groschen. Österreich aber verramscht Sommerstrom auch um 8 bis 10 Groschen pro Kilowattstunde. Das herrschende Überangebot ist nur noch mit Dumping-Preisen, die weit unter den Gesteungskosten liegen, an die regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu bringen. Die Preisunterbietung auf den Auslandsmärkten ist dabei die Waffe, um die Macht der ausländischen Konkurrenz zu brechen. Der Stromproduzent, der sich das am längsten leisten kann, wird auf dem Strommarkt überleben.

Die einzelnen Kraftwerke werden, auch wenn es deren viel zu viele gibt, deswegen nicht sicherer. Im Gegenteil. In diesem Mengenkrieg wird im Interesse billigsten Produzierens auf Sicherheit noch weniger Wert gelegt. Die Zwangsgesetze der freien Konkurrenz machen den Kapitalismus unvermeidlich menschenfeindlich.

Billigstrom für wen?

Strom ist zu einem Spottpreis zu haben. Vom Osten und vom Westen. Und von Österreich. Aber nicht für uns. Während die europäischen Industriekonzerne als Großabnehmer von der auch von Österreich mitverursachten Stromschwemme profitieren, wie sie, nebenbei gesagt, auch vom Überangebot an Arbeitskräften profitieren, ist für die der Republik Österreich gehörenden Industriebetriebe kein Billigstrom da.

Das österreichische Staatswesen ist kein Gemeinwesen. Ja, nicht einmal die sogenannte Gemeinwirtschaft ist eine Gemeinwirtschaft. Während die dem Staat, d.h. uns allen gehörende Verbundgesellschaft auf einem fetten Milliardenpolster sitzt, von dem sie nicht mehr weiß, wo sie ihn investieren soll, muss die dem Staat, d.h. uns allen gehörende Aluminiumhütte in Ranshofen die Öfen ausmachen. Die beiden Innkraftwerke, die das Werk Ranshofen 1945 besessen hatte, wurden ihm weggenommen (während die Privatindustrie Hunderte eigene E-Werke behalten durfte) und im Zuge der Verstaatlichung der Verbundgesellschaft zugeschlagen. Aber ebendiese Verbundgesellschaft, die massenhaft Strom um 10 und 20 Groschen/kWh ins Ausland abgibt, ist heute nicht bereit, dem Gewinne machenden Werk Ranshofen Strom zum Preis von 35 Groschen/kWh zu liefern. „Da lege er das Geld lieber in festverzinslichen Wertpapieren an“, zitiert „Die Presse“ den Generaldirektor Fremuth von der Verbundgesellschaft.

Wie auch scheinbar

Fortschrittliche ganz schön reaktionär sein können

Das Beispiel der Elektrolyse in Ranshofen, die nicht nur im Interesse tausender Hüttenarbeiter, sondern auch in dem einer breiten Folgeindustrie einen Strompreis forderte, „*der ohnedies fast doppelt so hoch wie der der westeuropäischen Konkurrenz liegt*“ („Handelsblatt“, 16. September 1986), hat vielen Menschen gezeigt, dass in Österreich eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die nicht das Wohl der Republik im Sinn hat. Die Allianz, die sich da im Kampf gegen die österreichischen Interessen gebildet hat, indem sie gegen den Neubau der Elektrolyse zu Felde zog, reicht von Haider („*Debakel*“) und Staberl („*Affentheater*“) über Kreise der ÖVP („*Unsinn*“, „*Fehlinvestition*“) bis zu Pilz („*verrückt*“) und den Grünen („*Neue Elektrolyse? Nein Danke!*“). Die Ausverkäufer österreichischer Betriebe im Inland und die Auskäufer österreichischer Betriebe im Ausland können sich ob solch williger Propagandisten, die, wenn auch zum Teil aus recht vordergründigen Motiven, letztlich die Untergrabung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit betreiben, nur genüsslich die Hände reiben.

Die Staatsbetriebe sind in diesem Staat für sich stehende Großbetriebe, die nicht füreinander und nicht für uns da sind. Entweder sie wollen nicht im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher handeln (CA, Verbund etc.) oder sie dürfen nicht im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher handeln (AMAG, VÖEST etc.). Die CA würde zum Nutzen des Landes handeln, wenn sie ihre Betriebe nicht ans Ausland verscherbelte (z.B. Semperit) bzw. zusperrte (z.B. Puch-Zweirad). Die Verbundgesellschaft würde zum Nutzen des Landes handeln, wenn sie der heimischen Aluminiumindustrie zumindest so verpflichtet wäre wie der deutschen. Aus dem Zillertal fließt nämlich Strom zu Tiefstpreisen an die Vereinigten Aluminiumwerke im bayrischen Töging. Nicht ohne Grund hat das Handelsministerium 1984 nachdrücklich darauf hingewiesen, „*dass Exporte nicht unter dem inländischen Verbundtarif für die gleichwertige Kilowattstunde erfolgen dürfen*.“ („Die Presse“, 18.

Juli 1984) Und nicht ohne Grund musste das Handelsministerium 1986 die österreichischen Elektrizitätsgesellschaften wieder ersuchen: „*Stromexporte dürfen nicht unter Inlandspreisen erfolgen*.“ („Die Presse“, 27. März 1986) Nicht ohne Grund, aber ohne Folgen.

Und was tut Österreich?

Die Kältewelle im Jänner 1985 erreichte in Deutschland am 8. Jänner ihren Höhepunkt. Der an diesem Tag um 11:30 gemessenen Höchstlast von 59.000 Megawatt (MW) stand eine verfügbare Leistung von 81.000 MW gegenüber, was einer Auslastung von gerade 68 Prozent entspricht. Zu jeder anderen Stunde des Jahres war die Auslastung geringer. In Österreich war der 21. Jänner 1987 der kälteste Tag seit langem. Laut Prof. Jansen von der TU Wien stand an diesem Tag einem Höchstverbrauch von 6.000 Megawatt elektrischer Energie eine verfügbare Kapazität von 9.000 MW gegenüber. Die Überdeckung des tatsächlichen Bedarfs zu dieser kältesten Stunde betrug also 50 Prozent. Zu jeder anderen Stunde des Jahres war die Überdeckung größer.

Produziert wird nicht, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Gewinne zu machen

Wie reagieren die österreichischen Elektrizitätsgesellschaften auf dieses Überangebot an elektrischer Energie auf dem heimischen wie auf dem internationalen Strommarkt? Sie reagieren auf die Überschwemmung der Märkte so, wie sie darauf nur reagieren können. Mit noch höherer Produktion. Sie tun das nicht aus besonderer Bosheit, sondern weil die Entwicklung sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen. Angesichts der Schleuderpreise für Strom, die heute international nur noch zu erzielen sind, muss die Stromindustrie eben ständig *mehr* Strom verschleudern, um die Gewinne zu halten. Das ist das eine. Die österreichischen E-Gesellschaften werden aber auch von den ausländischen (die ebenfalls durch Umsatzsteigerungen die Gewinnsumme zu halten versuchen) und den deutschen Großbanken mit den von ihnen pa-

tronierten Industrien zu Ausbauten und Neubauten von Kraftwerken gedrängt. So hat der Vertreter der Energieversorgung Schwaben anlässlich der Eröffnung des Kraftwerks Zillergründl erklärt: „*falls es weitere Projekte in Österreich gebe, hätte auch dort die Energieversorgung Schwaben an der Mitfinanzierung ein großes Interesse*“ („Tiroler Tageszeitung“, 26.9.1987). Die bundesdeutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen können den aus dem Zillertal bezogenen Strom international billiger anbieten als die Österreicher den im Zillertal erzeugten Strom international anbieten können.

Ein Beispiel noch dafür, welches Interesse die Banken an neuen Kraftwerksbauten haben müssen: Das Speicherkraftwerk Dorfertal würde nach heutigen Berechnungen 16,5 Milliarden Schilling kosten. Der Kreditgeber im Ausland, der diese Anleihe auflegt, erhält bei einem anzunehmenden Zins von 7 Prozent im Lauf von 40 Jahren zu den geborgten 16,5 Milliarden zusätzliche 19,8 Milliarden an Zinsgebühren zurück („Trend“, September 1986).

Also will die TIWAG bauen. Weil wir angeblich Grundlast so notwendig brauchen, Laufkraftwerke. TIWAG-Aufsichtspräsident Partl: „*Laufkraftwerke erzeugen vorwiegend Sommerstrom, der nicht gebraucht wird*.“ („Tiroler Wirtschaft“, 3. Oktober 1987) Und weil wir zuwenig Spitzenkraft haben, Speicherkraftwerke. Verbundchef Fremuth: „*Überkapazitäten gibt es bei sofort verfügbarer Spitzenkraft. Die hat Österreich tatsächlich im Überschuss!*“ („Kurier“, 19. Dezember 1984) Und: „*Aus heutiger Sicht wird es in den nächsten 20 Jahren auch dann keine ernsthaften Schwierigkeiten im Spitzenlastbereich geben, wenn die E-Wirtschaft geplante Kraftwerke nicht bauen kann*.“

Von den Argumenten, mit denen man uns breitschlagen möchte

Nicht der Bedarf an Strom, sondern gerade das Überangebot, zwingt die Stromindustrie zur Mehrproduktion. Das kann man natürlich den Menschen nicht sagen, damit wäre ja das Dilemma unserer gelobten freien Marktwirtschaft verraten. Die Bevölkerung,

auf deren Kosten diese Politik in jeder Hinsicht geht, wird, um diese Politik durchzusetzen, angelogen von oben bis unten. Vom Landeshauptmann bis zum Bezirksblatt. Da heißt es, wir müssten die Auslandsabhängigkeit auf dem Energiesektor abbauen, wo sich Tirol doch gerade durch den Ausbau der Wasserkraft in schier unüberbietbare Auslandsabhängigkeit begeben hat. Da heißt es, wir müssten Spitzenkraft erzeugen, um günstig gegen Grundlast tauschen zu können, wo doch das Tauschverhältnis schon beinahe 1:1 ist. Die TIWAG müsse Fremdstrom zukaufen, sagt jeder Landeshauptmann, dass wir ihn von der Verbundgesellschaft zukaufen, die für die österreichische Stromversorgung zuständig ist, und dass dieser Fremdstrom aus dem Zillertal kommt, sagt keiner. Dass wir im Winter Strom importieren müssten, machen sie den Leuten vor, dass wir im Winter auch exportieren, enthalten sie ihnen vor. (Am kältesten Tag im Jänner 1987 importierte Österreich 300 Megawatt und exportierte 1.200 Megawatt.) Strom sei absolut saubere Energie, sagen sie, und meinen ihre Anwendung, nicht aber ihre Herstellung. Wenn sie sagen, Strom sei die einzige im Lande vorhandene Energie, muss man zumindest fragen, wer vor allem unsere Erdölquellen ausbeutet (Shell und Mobil Oil). Durch den Kraftwerksbau würden Arbeitsplätze geschaffen sagen sie, wo doch die Statistik beweist, dass im Durchschnitt beim Bau eines Kraftwerks mehr Menschen zugrunde gehen als dabei Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Ja, und die Speicherseen schützten uns vor Hochwasser wollen sie uns glauben machen, und führen als Beweis Kaunertal und Paznauntal an, wo jedoch zur Zeit der Unwetterkatastrophen vom Sommer 1987 jeweils nur ein Bruchteil der Niederschlagsmengen vom Ötztal und vom Stubaital registriert worden ist. Inzwischen ist überdies die Ursache der Flutkatastrophe im Südtiroler Martelltal (vom 24. August 1987) bekannt geworden: „Demnach sind (...) durch das Öffnen der Grundscheule am Stausee (...) nicht 150 Kubikmeter in der Sekunde abgeflossen (was für das Bachbett der Plima auch schon zu viel wäre), sondern die katastrophale Menge von 350 Kubikmeter je Sekunde.“ („Dolomiten“, 12. Oktober 1987)

In jüngster Zeit muss, um die Lüge von der Notwendigkeit des Ausbaus der Wasserkraft anzubringen, auch das Transitproblem herhalten. „Die von vielen Seiten geforderte Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene wird nicht ohne einen Mehrverbrauch an elektrischer Energie möglich sein“, schreibt die TIWAG in einer Presseaussendung. („Neue Tiroler Zeitung“, 16. April 1987)

Die TIWAG will bauen. In ihrem Interesse, im Interesse der ausländischen E-Konzerne, denen sie verpflichtet ist, und im Interesse bundesdeutschen Finanzkapitals. Diese Interessen versucht sie mit handfesten Lügen und mit unverhohlenen Drohungen gegen die hier lebenden Menschen und deren Bedürfnisse durchzusetzen.

Was will die TIWAG bauen?

Am oberen Inn, im Gebiet von Ried, ein Laufkraftwerk. Ein Kraftwerk im Paznaun und eines am Starkenbach. Zwölf Innkraftwerke, sechs davon allein zwischen Stams und Zirl. An der Drau ein Laufkraftwerk bei Amlach. Ein Kraftwerk in Heinfels. Einen Jahresspeicher in Innervillgraten. Das Kraftwerk Dorfertal bei Kals. Mehrere Kraftwerke an der Isel. Vier Speicher und zwei Kraftwerke im Ötztal. Und einiges andere mehr.

Indes beschränken sich die Elektrizitätskonzerne nicht mehr auf das Geschäft mit dem Strom. Wie ihr großer Bruder RWE ist die TIWAG drauf und dran, sich auch die Trinkwasserversorgung unter den Nagel zu reißen. „Kraftwerksspeicher in den Alpen“, spekuliert sie, „sind für die Zukunft möglicherweise beachtliche Reinwasserreserven für die Großstädte.“ („Die Presse“, 21. Oktober 1987) Dafür hat die TIWAG die Gasversorgung Tirols schon unter Kontrolle. Die Tiroler Ferngasgesellschaft [1] gehört ihr zu 51 Prozent und wird von ihr mit dem ehemaligen TIWAG-Chef Hermann Wagensonner auch angeführt. Was immer man in Zukunft aufdrehen wird, den Lichtschalter, den Wasserhahn oder den Gashahn, man wird der TIWAG nicht mehr entgehen können.

Wer das alles zahlt

Die TIWAG verkauft in Tirol Strom an

119.539 Einzelbezieher und an 21 lokale Elektrizitätsversorgungsunternehmen. 99,32 Prozent der Einzelbezieher sind Tarifkunden mit staatlich festgesetztem Strombezugspreis. Die restlichen 0,68 Prozent sind 849 sogenannte Sonderabnehmer (Industriebetriebe, Handelsbetriebe, Großhotels, Seilbahnen, Krankenhäuser, Schulen, ÖBB, Transalpine Ölleitung). Der Strompreis, den diese Sonderabnehmer zahlen, beruht auf freien zivilrechtlichen Verträgen mit der TIWAG und wird streng geheimgehalten (Die heutige Tarifordnung geht noch auf die nationalsozialistische „Tarifordnung für elektrische Energie“ zurück.)

Die 99,32 Prozent TIWAG-Tarifkunden (Haushalte, Gewerbebetriebe, Landwirtschaftliche Betriebe) beziehen in etwa gleich viel elektrische Energie von der TIWAG wie die 0,68 Prozent Sonderabnehmer. Die Kleinabnehmer bezahlen jedoch für ihre Hälfte weit mehr als doppelt so viel wie die Großabnehmer für die ihrige. Wenn die TIWAG Tarifierhöhungen vornimmt (zuletzt 5,5 Prozent mit 1. April 1986), betreffen diese lediglich die Kleinabnehmer, deren Strompreis der ministerlichen Festsetzung unterliegt. Nun ist es aber die mit Billigstrom um die 65 Groschen je Kilowattstunde belieferte Industrie, die am lautesten über Stromkosten klagt und höhere Preise für Haushaltsstrom fordert. In einer Presseaussendung der Vereinigung österreichischer Industrieller vom 1. Juni 1984 heißt es gar: „Die österreichische Industrie subventioniert mit hohen Strompreisen die österreichischen Haushalte.“ In einer Aussendung vom 26. November 1984 lügt die Industriellenvereinigung einfach: „Die Strompreise, die der österreichische produzierende Sektor gegenwärtig bezahlt, sind die höchsten Europas.“ Die Verbundgesellschaft hat auf diese plumpen Verdrehungen klipp und klar festgestellt: „Österreich hat einen der niedrigsten Industriestrompreise Europas.“ („Börsen-Kurier“, 25. April 1985) Und erst kürzlich, anlässlich einer angekündigten neuen Strompreiserhöhung, teilte die Verbundgesellschaft mit: „Die Strompreise für die Industrie seien günstiger als im Ausland, im Haushaltbereich liege man ‚dort‘ im europäischen Mittelfeld.“ („Tiroler Tageszeitung“ vom 13. 10. 1987) (Bei Kohle und Gas klaffen die Preise für In-

dustrie und Privatabnehmer übrigens ähnlich weit auseinander. So zahlen Haushalte für eine Tonne Koks im Durchschnitt das Doppelte von dem, was die Industrie zahlt. Der Gaspreis liegt für die Industrie bei weniger als zwei Dritteln des amtlich festgesetzten Haushaltstarifs.)

Wer das alles nicht zahlt

Der Kleinabnehmer in Österreich zahlt nicht nur einen etwa doppelt so hohen Preis für die gelieferte Kilowattstunde (derzeit durchschnittlich ca. 1,60 öS inkl. MWSt.) wie die Industrie, sondern er zahlt auch einen im Vergleich viel höheren Grundpreis, was den Kostenunterschied weiter vergrößert. Und während der Haushaltskunde mit der gesamten Mehrwertsteuer von 20 Prozent belastet wird, gibt die Industrie diese Steuern an ihre Kunden weiter. Die steirische Arbeiterkammer hat zu den gezielten Fehlinformationen der Unternehmerchaft einmal angemerkt, „dass die Gewerbe- und Industriebetriebe ohnehin schon immer ihre Stromkosten einschließlich der Grundpreise auf die Endprodukte überwältzt hätten.“ („Neue Zeit“, 20. Februar 1985) So kann denn die Tiroler Landesregierung in deutschen Magazinen mit niederen Industriestrompreisen um Betriebsansiedlungen in Tirol werben, wie sie — nebenbei gesagt — auch frech mit den unser Leben so belastenden Transitrouen wirbt.

Warum das so ist? Z.B. deswegen, weil einer der drei Direktoren der Tiroler Landeselektrizitätsgesellschaft, Helmut Mayr, Vorstandsmitglied der Vereinigung österreichischer Industrieller ist, z.B. deswegen, weil im Aufsichtsrat der TIWAG der langjährige Landespräsident der Vereinigung österreichischer Industrieller sitzt. Zu alldem soll dem Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft lt. „profil“ vom 27. Oktober 1987 in Bälde der Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Herbert Krejci, als Präsident vorstehen. Wer hier wen subventioniert ist schon klar. Und woher die Profite der E-Wirtschaft kommen auch.

Zusätzliche fette Extragewinne verschaffen sich die (durch die Gesetze, die sie sich machen lassen, kaum kontrollierbaren) heimischen E-Gesellschaften durch wütestes Bilanzfrisieren. So hat der Rechnungshof aufgedeckt, dass die

Salzburger Stadtwerke aufgrund buchstäblich erfundener Posten in ihrer Bilanz (Erträge scheinen als Ausgaben auf) von ihren Kunden „um 26 Prozent zuviel (!) verlangen“ („Kurier“, 18. November 1986). „Geht's im Rest von Österreich vielleicht genau so zu? Leider spricht vieles für diese Befürchtung!“, schreibt der „Kurier“. Auf der anderen Seite steigt die Zahl jener Menschen, die sich diesen Wucher der Stromherren nicht mehr leisten können und mit der Bezahlung ihrer Stromrechnungen in Rückstand geraten. Allein in Wien waren im März 1986 selbst nach Aussage der ÖVP-Stadträtin Maria Hampel-Fuchs „22.000 Gas- und Stromrechnungen offen“. („Die Presse“, 11. November 1987)

Wie alles eingerichtet ist

Unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist von der Art, dass eine Minderheit von Menschen im Besitze der Mehrheit des gesellschaftlichen Vermögens ist und damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung herrscht und auf deren Kosten ihre Reichtümer ausbaut.

Wir kleinen Strombezieher, Du und ich, hundertausende Tiroler und Millionen Österreicher, zahlen den Verlustbetrag von jeder im Ausland verschleuderten Kilowattstunde. Du und ich, wir alle, zahlen die Differenz auf die wirklichen Kosten jeder Kilowattstunde, die aufgrund von Bezugsrechten an eine EVU in Deutschland fließt. Wir zahlen durch die von uns verlangten Strompreise die Milliardenzinsen an ausländische Bankhäuser. Du und ich, wir zahlen die Differenzbeträge von Industriestrompreis und wirklichen Gestehungskosten je Kilowattstunde. Wir bezahlen die Werbung der E-Wirtschaft, die gegen uns betrieben wird. Wir bezahlen die räuberische Politik der E-Gesellschaften mit dem Verlust von Grund und Boden und der Trockenlegung ganzer Landstriche. Wir kleinen Strombezieher zahlen die fetten Zwischenhandelsgewinne der lokalen Verteiler (Stadtwerke etc.), die Millionengehälter der Vorstandsdirektoren und die Sonderprämien für alle 2000 TIWAG-Bediensteten in der Höhe eines Monatslohnes immer dann, wenn irgendwo ein neues Kraftwerk in Betrieb geht. Du und ich, wir alle, wir zahlen die geplanten Speicher, die geplanten Kraftwerke, die geplanten Umspannwerke und die ge-

planten Hochspannungsleitungen.

[1] *Den Geschäftsführer macht dieser Gesellschaft der Geschäftsführer der Industriellenvereinigung / Landesgruppe Tirol. Die Industrie (Swarovski, Eiberg-Zement, Nordpolwerk) ist nämlich der zweite Hauptmitbesitzer der Ferngasgesellschaft. Trotzdem die ÖMV aufgrund ihrer Verträge für die nächsten Jahre zuviel Gas von der UdSSR abnehmen muss, wird Tirol von den deutschen Gesellschaften Ruhrgas und Bayerngas beliefert werden. (Ein innerösterreichisches Gasnetz existiert genauso wenig wie ein innerösterreichisches Schnellzug- oder Autobahnnetz.) Auch diese beiden Gaslieferanten aus der BRD haben zuviel Gas, bekommen demnächst zum Gas aus der Sowjetunion noch Gas aus der Nordsee dazu, und drängen auf Weiterbau ihrer Versorgungskanäle in Tirol. Die ÖMY darf (übers deutsche Netz) nur bei einem Ausfall einspringen! Die Pipeline von der bayrischen Grenze bis Innsbruck wird 500 Millionen Schilling kosten und auf Wunsch der Besitzer der Ferngasgesellschaft, der der Landesregierung natürlich Befehl ist, aus Steuergeldern, von uns, finanziert werden. Die öffentliche Hand muss finanzieren, den Pipeline-Betreibern die Leitung hinbauen, nur kassieren brauchen diese dann selber. Auch dies wieder ein Beispiel dafür, wie einer winzig kleinen Clique, einer handvoll Großverdienern, das aus hunderttausenden Tirolern herausgepreßte Geld, in den Hintern hineingesteckt wird. Der Herr Landeshauptmann „verkauft“ uns diese Halbmilliardensubvention für die Sozialschmarotzer TIWAG, Swarovski usw. als Umweltschutzmaßnahme. Dabei wird das angebotene Gas nicht nur Öl, sondern auch Strom aus Wasserkraft ersetzen. Von der Auslandsabhängigkeit, die er sonst so gern im Munde führt und die er damit weiter erhöhen wird, sagt er nix. Die TIWAG hat mit dem Einstieg ins Gasgeschäft einen großen Schritt in Richtung Energieversorgungs- und damit auch in Richtung Energiepreismonopol getan. Ob man seine Suppe auf einem Gasherd oder auf einem elektrischen kochen wird, die TIWAG wird keines von beiden billiger sein lassen! Der kleine Verbraucher muss ja die günstigen Großabnehmerpreise möglich machen. Der Geschäftsführer der Ferngasgesellschaft, Dr. Dieter Bachmann, hat uns, die wir wissen, wie es hier sein wird, weil wir wissen, wie es überall ist, schon bestätigt; „Es*

wird teures Spitzengas und billigere Bandabnahme geben.“ („*Kurier*“, 29. März 1987)

Markus Wilhelm: Geboren 1956,

von Beruf Zusplitzer in Sölden im Ötztal, Mitbegründer des FCEHN (1978-1981), Wiedergründer und Herausgeber des FCEHN (1984-1998). Seit 2004 Betreiber der Website *dietiwag.org* (bis 2005 unter *dietiwag.at*), Landwirt.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels